



Niederschrift

Gremium:	Bau- und Planungsausschuss		
Sitzungsnummer:	BA 21/61	Sitzungsdatum:	01.03.2021
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	22:10 Uhr
Sitzungsraum:	als Videokonferenz (https://tornesch.goes-virtual.de/b/amt-7rs-ken-wll)		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Henry Stümer - CDU Tornesch Ausschussvorsitzender

Gremienmitglieder

Herr Dr. Wolfgang Bätcke - CDU Tornesch Ausschussmitglied als Vertreter für Kai Schmidt

Herr Karlheinz Böhmke - FDP Tornesch Ausschussmitglied (bgl.)

Frau Dr. Susanne Dohrn - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Frau Ann Christin Hahn - B90/GRÜNE
Tornesch Ausschussmitglied

Herr Howe Heitmann - CDU Tornesch Ausschussmitglied

Herr Torben Jochens - CDU Tornesch Ausschussmitglied

Herr Cord Reck - B90/GRÜNE Tornesch Ausschussmitglied Vertreter für Frau Sydow-Graen, bis 20:00 Uhr

Frau Dagmar Sydow-Graen - B90/GRÜNE
Tornesch Ausschussmitglied ab 20:00 Uhr

Verwaltung

Frau Sabine Kählert - Bgm.in Tornesch Bürgermeisterin

Herr Rene Goetze - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Frau Martina Helk - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiterin

Herr Oliver Kath - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Frau Heike Lories - Verwaltung Tornesch Empfang

Herr Henning Tams - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Gäste

Herr Philip Engler ARGUS Stadt und Verkehr

Frau Wiebke Preckwinckel NAH.SH

Herr Christopher Radon - CDU Tornesch Gast

Herr Helmut Rahn - B90/GRÜNE Tornesch Gast

Herr Artur Rieck - SPD Tornesch Gast

Herr Hartmut Teichmann Kreis Pinneberg

Herr Gunnar Werner - FDP Tornesch Gast

Herr Hans-Jürgen Jeschke - CDU Tornesch Gast

Herr Thorsten Mann - SPD Tornesch Gast

Einladung z.K. (öffentl.) Presse

Susi Große Uetersener Nachrichten -

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2021	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	Bericht der Verwaltung	VO/21/353
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg	VO/21/351
8	Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen	VO/21/347
9	Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss	VO/21/340
10	B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	VO/21/348
Nicht öffentlicher Teil		
11	Bericht der Verwaltung	
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	Oha II - weiteres Vorgehen	VO/21/352
14	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg	VO/21/329
14.1	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB): Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte im Wachsbleicher Weg - hier: Nachgereichte Unterlagen	VO/21/329-1

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung inkl. der nicht öffentlichen TOPs wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr Stümer stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde. Er verpflichtet Herrn Reck (Grüne) als Vertreter für Frau Sydow-Graen. Des Weiteren begrüßt Herr Stümer die von der Verwaltung eingeladenen Gäste Frau Preckwinkel (Nah-SH), Herr Teichmann (Kreis Pinneberg) und Herr Dr. Engler (ARGUS).

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2021

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 01.02.2021 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
---------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt, Herr Böhmke weist jedoch darauf hin, dass er selbst nicht an der letzten Sitzung teilgenommen hat, in Vertretung aber der Niederschrift zustimmt.

TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beratungsverlauf:

Herr Stümer erläutert, dass in der letzten Sitzung im nicht-öffentlichen Teil drei gemeindliche Einvernehmen erteilt worden sind.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Herr Goetze erläutert den schriftlich vorliegenden Bericht der Verwaltung und ergänzt, dass die Erdarbeiten zum See nahezu im Zeitplan liegen.

TOP 6 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beratungsverlauf:

Herr Stümer berichtet von Anfragen bezüglich des zeitweisen aufgetretenen muffigen Geruchs des Trinkwassers. Das Gesundheitsamt hat bereits Proben gezogen, ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Herr Heitmann und Herr Fruchtenicht weisen darauf hin, dass der Bahnübergang Pinneberger Str. bereits einige Wochen länger gesperrt ist als die von der Bahn angekündigte einwöchige Sperrung, derzeit wird als Öffnungstermin der 14.03.21 angegeben. Herr Heitmann fragt an, ob die Stadt beim nächsten Mal Einfluss auf die Terminierung der Bauzeit nehmen könne, damit nicht im Winter gebaut werden müsse. Frau Kählert bedauert die Situation ebenfalls und berichtet, dass nicht nur die Witterung, sondern auch technische Probleme zu der Verzögerung führten. Die Sperrung für den Kfz-Verkehr sei vorgenommen worden, um lange Staus auf Grund der im Handbetrieb unvermeidbaren längeren Schließzeiten zu vermeiden. Für Fußgänger und Radfahrer ist der Bahnübergang benutzbar.

TOP 7 Anfrage Statusbericht Radschnellweg Elmshorn-Hamburg

Beratungsverlauf:

Herr Goetze erklärt zunächst, dass in Abstimmung mit der Vorsitzenden des Umweltausschusses, Frau Sydow-Graen, die Beratung zu diesem Thema auf Grund der zeitlichen Abfolge der Ausschüsse und der Betroffenheit des Bau- und Planungsausschusses bezüglich baulicher Maßnahmen auch in diesem erfolgt.

Zu diesem TOP stehen Herr Teichmann (Kreis Pinneberg) und Herr Dr. Engler (ARGUS) für Fragen zur Verfügung.

Herr Bätcke fragt an, wie die aus seiner Sicht als sehr hoch angenommenen Nutzerzahlen des RSW ermittelt worden sind. Herr Engler erläutert, dass dieses Ergebnis einer Potenzialanalyse auf Basis von Pendlerzahlen und eines möglichen Radverkehrsanteils sind. Frau Hahn begrüßt die Planung, bittet aber um Korrektur des Steckbriefes Nr.1, in dem die Bestandsdarstellung noch beinhaltet, dass die Straße nicht für Kfz freigegeben sei.

Herr Heitmann und Herr Bätcke weisen auf die Erschließungsfunktion der Wilhelmstr./Heimstättenstraße als Sammelstraße hin, in der gem. der Richtlinie zur Anlage von Stadtstraßen (RAST) auch ein Begegnungsverkehr LKW-LKW möglich sein sollte, zudem sei nach RAST bei der Anlage von Fahrradstraßen eine Ersatzroute für den sich verlagernden Kfz-Verkehr zu benennen, die hier nicht zu erkennen sei.

Herr Engler betont, dass die verbleibende Fahrbahnbreite in der Wilhelmstr. (5,50 m) einen Begegnungsverkehr LKW-LKW weiterhin zulasse, in der Heimstättenstraße dies schon jetzt weder möglich noch erforderlich sei. Die Erschließungsfunktion der Sammelstraße für die

Wohnquartiere soll uneingeschränkt erhalten bleiben, die Strecke soll jedoch als Ausweichroute von Durchgangsverkehren unattraktiver werden, um die Kfz-Verkehrsbelastung zu reduzieren.

Herr Böhmke weist auf die Konflikte im Bereich der Kreuzung Wilhelmstr./Ahrenloher Str./Lindenweg hin und stellt in Frage, ob mit dem LBV hier eine Lösung gefunden wird. Herr Bätcke ergänzt, dass jene Kreuzung bereits jetzt im VEP der Stadt Tornesch 2017 mit der Qualitätsstufe E als ungünstig bewertet worden ist und jeder weitere Eingriff zu einer weiteren Kapazitätseinschränkung führen könne.

Herr Engler entgegnet, dass den Planern die Problemlage in Bezug auf die Kreuzung bewusst sei, es jedoch bei einer anderen Führung (z.B. über den Knoten L110/L107) noch viel größere Konflikte gäbe; die Sensibilität des LBV zum Thema Radverkehr sei in den letzten Jahren gewachsen, er sieht gerade bei einem Projekt RSW hier Bereitschaft des LBV für Änderungen am Knoten. Die Führung über die Ahrenloher Str. parallel zur Bahn wurde wegen der Planungen der DB zum 3./4. Gleis und des leichten Umwegs in der Trassenführung bislang als problematisch gesehen.

Herr Fruchtenicht hält den RSW in der jetzt vorgeschlagenen Form für nicht umsetzbar und schlägt eine Trassenführung entlang der Bahn vor.

Herr Stümer weist darauf hin, dass die Heimstättenstraße vor ca. 10 Jahren unter Kostenbeteiligung der Anwohner umgestaltet worden ist und damals die Wilhelmstr. von Seiten des Kreises als Kfz-Ausweichroute gewollt war, so dass eine abknickende Vorfahrt zum Pastorendamm (Richtung BÜ Koppeldamm) eingerichtet werden musste.

Herr Bätcke schlägt vor, den RSW östlich um Tornesch herumzuführen (Bsp. Kummerfelder Weg), um innerörtliche Konflikte zu vermeiden.

Frau Hahn wünscht sich, dass der Radverkehr in Tornesch stärker mitgedacht wird, momentan ist die innerörtliche Infrastruktur in Vergleich zu anderen Städten, Bsp.

Neumünster, noch nicht optimal auf Radverkehr ausgerichtet.

Herr Stümer fasst zusammen, dass sich alle darüber einig sind, dass der Fahrradverkehr gestärkt werden solle. Die heutige Vorstellung und Diskussion dienen der Information und dem Feedback, eine Entscheidung sei im Moment nicht zu treffen. Herr Stümer bittet die Verwaltung um regelmäßige Informationen zum aktuellen Arbeitsstand der Machbarkeitsstudie bzw. weiteren Planung des RSW.

TOP 8	Neubau einer Fahrradabstellanlage mit WC am Bahnhof - Sachstand und weiteres Vorgehen
--------------	---

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung von B+R-Anlagen an den im beigefügten Lageplan aufgeführten drei Standorte A, B und C in Zusammenarbeit mit der Nah-SH voranzutreiben. Die Planungsleistungen der Lph 1-2 werden von Nah-SH ohne Kostenbeteiligung der Stadt beauftragt. Die Entscheidung der Stadt über die Realisierung der B+R-Anlagen sowie einer am Standort B integrierten WC-Anlage erfolgt vor den Beratungen über den Haushalt 2022, bis dahin wird eine Kostenzusammenstellung/-schätzung sowie eine Übersicht der zu erwartenden Fördermittel vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Beratungsverlauf:

Herr Stümer weist auf die bisherigen Verzögerungen des Projekts Neubau Fahrradgarage hin und hofft auf baldmöglichste Umsetzung.

Herr Goetze stellt die nun beabsichtigte Planung mit der Nah-SH vor und betont die zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Vorteile dieses Vorgehens.

Herr Stümer fragt bei Frau Preckwinkel (Nah-SH) an, ob der von der Stadt aufgezeigte Zeithorizont bestätigt werden kann, welches sie bejaht. Die Nah-SH unterstütze das Vorgehen der Stadt voll und ganz und weist auch noch einmal hin, dass die Planung vor dem Hintergrund einer ganzheitlichen Betrachtung des Bahnhofsumfelds im Zuge der Planung für das Projekt S4-West (3./4.Gleis) erfolgt.

Herr Böhmke ist einverstanden mit der Planung für die Westseite der Bahn, möchte aber auch die Ostseite nicht aus dem Blick verlieren.

Herr Bätcke weist darauf hin, dass der Standort C, hinter der Edeka-Anlieferzone, ggfls. etwas dunkel und nicht-einsehbar wirken könnte und regt an, weitere Arten von WC-Anlagen auch bei Festlegung auf den Standort B zu betrachten.

Herr Goetze weist darauf hin, dass im Zuge der weiteren Ausarbeitung durch Gestaltung der Anlagen die Zugänglichkeit und Beleuchtung das Entstehen von Angsträumen verhindern kann. Er bestätigt, dass die genaue Festlegung auf die Art der WC-Anlage noch vollkommen offen ist.

Frau Dohrn bedauert die Verzögerung des Projekts, begrüßt jedoch, dass es jetzt weiter gehen soll. Sie erkundigt sich nach dem Aussehen der Module. Frau Preckwinkel erläutert, dass es sich um ein ähnliches Modell wie das bekannte, in vielen Orten (z.B. Prisdorf) umgesetzte Nah-SH-Modell handelt, jedoch einige Verbesserungen vorgenommen wurden.

Herr Stümer äußert, dass der Ausschuss nun vor der Wahl steht, mit Nah-SH zu bauen oder eigenständig und ein halbes Jahr schneller fertig zu werden. Frau Kählert entgegnet, dass mit Nah-SH eine schnellere Lösung erreicht werden kann als ohne und bedankt sich bei Frau Preckwinkel für die Zusammenarbeit in dieser Sache.

Frau Hahn ist erfreut über die Planung und hebt besonders hervor, dass nun sogar drei Standorte für Fahrradabstellanlagen auf der Westseite der Bahn neu entstehen könnten.

Auf Anfrage erklärt Frau Preckwinkel, dass der Rahmenvertrag mit dem Abstellanlagenhersteller zwar erst Ende letzten Jahres ausgelaufen ist, jedoch schon sehr viel früher, Anfang/Mitte des Jahres die letzte Beantragung erfolgen konnte.

TOP 9	Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Städte Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinden Heidgraben und Moorrege - 54. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Uetersen - Entwurf- und Auslegungsbeschluss
--------------	---

Beschluss:

1. Der Entwurf der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet „Nördlich der Reth-Wetter, östlich der Gemeindegrenze Neuendeich und westlich der Gemeindegrenze Groß Nordende“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.

2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 b Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
3. Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs.1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:		
8 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	1 Enthaltung

Beratungsverlauf:

Es wird ohne Beratung abgestimmt.

TOP 10	B-Plan 102 "Südlich Uetersener Straße/ Westlich Willy-Meyer-Straße" - Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
---------------	--

Beschluss:

1. Der Vorentwurf der Planung wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll wie in Form einer Abendveranstaltung durchgeführt werden. Alternativ kann der Entwurf des Planes und die Begründung für die Dauer von einem Monat öffentlich ausgelegt werden.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.
4. Eine Baugenehmigung darf nicht nach § 33 BauGB erteilt werden.

Abstimmungsergebnis:		
8 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	1 Enthaltung

Beratungsverlauf:

Herr Goetze leitet ein und erläutert, dass bislang noch kein mit der Verwaltung endabgestimmter Hochbauentwurf des Vorhabenträgers vorliegt, so dass heute nur der B-Planentwurf gezeigt werden kann. Da es sich jedoch lediglich um die Freigabe zur frühzeitigen Beteiligung handele und die Entwurfsberatung noch vor dem Auslegungsbeschluss erfolge, wird dies verwaltungsseitig für vertretbar erachtet. Herr Kath stellt den Entwurf des B-Plan 102 vor.

Herr Heitmann äußert, dass bei dem vormaligen Vorhabenträger ein Geschoss weniger (II + Staffelgeschoss) vorgesehen sei. (Anmerkung: Dies war für die ehemalige Post nicht der Fall, auch damals waren bereits III+Staffelgeschoss vorgesehen). Herr Heitmann fehlt eine Darstellung, wo die Stellplätze untergebracht werden sollen.

Herr Goetze erörtert, dass der Vorhabenträger erwägt, Stellplätze auch in einer Tiefgarage unterzubringen, einen Teil auf dem Grundstück und einen Teil abzulösen. Im Zuge eines städtebaulichen Vertrags soll die Stellplatzfrage sowie die Nutzung des Gebäudes abgesichert werden.

Herr Fruchtenicht begrüßt die städtebauliche Verdichtung an dieser Stelle.

Herr Jochens stellt die Frage, was dort überhaupt konkret gebaut werden solle.

Herr Fruchtenicht befürchtet eine Befangenheit von Herrn Jochens, dieser erwidert jedoch, dass er zwar im Nachbargebäude wohnt, dort aber lediglich Mieter ist.

Herr Bätcke und Frau Hahn fordern, dass gewährleistet werden müsse, dass tatsächlich auch ein Ärztehaus entsteht, dies könne beispielsweise über einen städtebaulichen Vertrag geregelt werden. Frau Kählert weist auf den Grundstückskaufvertrag mit der Stadt hin, in dem genau dieses vereinbart worden ist.

Herr Heitmann erinnert daran, dass das Grundstück unter der Prämisse, ein Ärztehaus zu errichten, relativ günstig von der Stadt veräußert worden ist.

Herr Stümer schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den Satz zu ergänzen, dass im Plangebiet keine Genehmigung zum Stand nach § 33 BauGB (ohne Beteiligung des Bau- und Planungsausschusses) erfolgen darf.

Tornesch, den 02.06.2021

Henry Stümer
Vorsitzende(r)

Henning Tams
Protokollführer(in)